

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude



München, 27.08.2002

Antrag

Wird gentechnisch veränderter Mais auf landwirtschaftlichen Flächen im Stadtgebiet von München angebaut?

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

- eine Anfrage an die vier Saatgutfirmen Syngenta, Pioneer, Monsanto und Bayer CropScience zu richten, um zu klären, ob genmanipulierter Mais an einen landwirtschaftlichen Betrieb innerhalb des Verwaltungsbereiches der Stadt München abgegeben wurde.
- Um die Öffentlichkeit zu informieren, wird die Stadtverwaltung gebeten, die eingehenden Antworten in der Rathaus Umschau zu veröffentlichen.
- Die Stadt wird beauftragt, sich beim BMVEL für die Einrichtung eines Anbaukatasters einzusetzen, das Flächen kennzeichnet, auf denen genmanipulierte Sorten angebaut werden.

Begründung:

Das Bundessortenamt (BSA) hat für 2002 insgesamt 50 Tonnen gentechnisch verändertes Mais-Saatgut der Firmen Syngenta, Pioneer, Monsanto und Bayer CropScience über §3, Abs.2 Saatgutverkehrsgesetz für gewerbliche Zwecke freigegeben.

Der derzeitige Zugang zu Informationen hinsichtlich des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen ist für die Öffentlichkeit nur sehr unbefriedigend geregelt. Es gibt kein allgemein zugängliches Anbaukataster, in dem die Anbauflächen mit den entsprechenden Informationen zu den gentechnisch veränderten Sorten und den verwendeten Gen-Konstrukten ausgewiesen sind. Dies birgt eine für viele Landwirte und Verbraucher nicht akzeptable Gefahr der Beeinträchtigung eigener Interessen, da gentechnisch veränderte Pflanzen unbemerkt auskreuzen können und damit über vermeintlich konventionelle Produkte in den Verkehr gebracht werden. Ein Anbaukataster bietet eine wesentliche Möglichkeit des Schutzes vor der Verunreinigung der Ernte von Landwirten, die weiterhin keine gentechnisch veränderten Pflanzen anbauen möchten.

Die Anfrage der Stadt München zum Verbleib von gentechnisch veränderten Saatgut unterstreicht die Notwendigkeit des Zugangs zu Informationen. Die

Gemeinde kommt hiermit ihrer Sorgfaltspflicht gegenüber Landwirten und Verbrauchern nach.

Gentechnik wird von 70% der Bevölkerung der Bundesrepublik abgelehnt, über 90% erwarten eine klare Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte. Verbraucherinnen und Verbraucher möchten wissen, was über die Lebensmittel auf ihren Tisch kommt. Die notwendige Transparenz kann nur gewährleistet werden, wenn Informationen über Anbauort und die verwendeten Gen-Konstrukte vorliegen.

Um einen umfassenden Schutz von Mensch und Umwelt zu gewährleisten, ist es zudem erforderlich, den Einsatz gentechnisch veränderter Sorten rückverfolgen zu können. Nur so können unerwünschte gentechnisch veränderte Pflanzen und ihre Produkte nachträglich aus der Lebensmittelproduktion entfernt werden. Eine Auskreuzung in verwandte Wildpflanzen und benachbarte Anbauflächen gilt es zu unterbinden.

Landwirte benötigen diese Information, als Schutz vor möglichen Repressalien, wenn sie ihre Ernte fälschlicherweise als gentechnikfrei verkaufen wollen. Dies würde ein Verstoß gegen die gesetzlichen Kennzeichnungs- und Genehmigungsbestimmungen bedeuten, da auch kontaminierte Ernten illegal sind, wenn Gen-Konstrukte enthalten sind, die für den vorgesehenen Verwendungszweck nicht genehmigt sind (Novel-Food-Verordnung). Daher ist es von erheblicher Tragweite, wenn die vom Bundessortenamt genehmigten Sorten in Körnermais-Bestände einkreuzen.

Wir möchten klarstellen,

- dass es sich hierbei nicht um eine Diskriminierung von Landwirten handelt, die gentechnisch veränderten Mais anbauen. Die Stadt München erfüllt hiermit ihre Sorgfaltspflicht gegenüber Verbrauchern und Landwirten, die keine Gentechnik anwenden möchten. Dies geht auch aus einer Pressemitteilung vom April dieses Jahres hervor, in der der niedersächsische Umweltminister Bartels (SPD) betont hat, dass unter den derzeitigen Bedingungen eine Gefährdung für benachbarte Ackerflächen und Imker nicht ausgeschlossen werden könne und deshalb ein Anbaukataster notwendig sei.
- Die Verantwortung für die Vermeidung von Kontaminationen und Auswilderung neuer Gen-Konstrukte liegt bei den Gentechnik-Konzernen und Pflanzenzüchtern. Die Firmen müssen umfassende Maßnahmen treffen, um dies zu verhindern. Mögliche Kosten, zum Beispiel aus Haftungsfragen, sind von den Firmen und nicht den betroffenen Landwirten zu tragen.

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen / Rosa Liste

Initiative von

Sabine Krieger

Stadträtin